



Projekte, Maßnahmen und Gesetzesvorhaben der 20. Legislaturperiode, die eine gleichberechtigte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit befördern

Erwerbs- und Sorgearbeit egalitärer zu verteilen, hilft, Ungleichheiten in der Gesellschaft abzubauen, um allen Menschen – unabhängig vom Geschlecht – ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag für die 20. Legislaturperiode vorgenommen, Familien dabei zu „[...] unterstützen, wenn sie Zeit für Erziehung und Pflege brauchen und dabei Erwerbs- und Sorgearbeit partnerschaftlich aufteilen wollen“ (SPD/Bündnis 90/Die Grünen/FDP, Seite 100).

Daher sieht der Koalitionsvertrag folgende Maßnahmen vor:

- Stärkung der **gemeinschaftlichen elterlichen Verantwortung** im Elterngeld (S. 100) durch Erweiterung der Partnermonate im Basis-Elterngeld um einen Monat (Seite 101)
 - Einführung einer **zweiwöchigen vergüteten Freistellung** für die Partnerin oder den Partner nach der Geburt eines Kindes (Seite 100–101)
 - **Absicherung des Wiedereinstiegs** durch Verlängerung des elternzeitbedingten Kündigungsschutzes um drei Monate nach Rückkehr in den Beruf (Seite 101)
 - **Erhöhung der Kinderkrankentage** pro Kind und Elternteil auf 15 Tage und für Alleinerziehende auf 30 Tage (Seite 101)
 - **Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen** zunächst für Alleinerziehende, Familien mit Kindern und zu pflegenden Angehörigen, schrittweise für alle Haushalte zur Unterstützung der Vereinbarung von Familie und Beruf und der Erwerbsbeteiligung von Ehe- und Lebenspartnerinnen und -partnern (Seite 70)
 - Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Öffnung der **Brückenteilzeit** künftig für mehr Beschäftigte
- Die sogenannte „Überforderungsklausel“ soll dazu überarbeitet und gleichzeitig für die Unternehmen übersichtlicher gestaltet werden. (Seite 115)

- Unterstützung von Gewerkschaften und Arbeitgebern zur Ermöglichung **flexibler Arbeitszeitmodelle**, um auf die Veränderungen in der Arbeitswelt zu reagieren und die Wünsche von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Unternehmen nach einer flexibleren Arbeitszeitgestaltung aufzugreifen (Seite 68)

- Abbau von Hürden, die eine Aufnahme versicherungspflichtiger Beschäftigung erschweren, und Erhöhung der **Midi-Job-Grenze** auf 1.600 Euro (Seite 70)

Es soll verhindert werden, dass Minijobs als Ersatz für reguläre Arbeitsverhältnisse missbraucht oder zur Teilzeitfalle insbesondere für Frauen werden.

- Weiterentwicklung der **Familienbesteuerung**, um die partnerschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Unabhängigkeit mit Blick auf alle Familienformen zu stärken (Seite 115)

Im Zuge einer verbesserten digitalen Interaktion zwischen Steuerpflichtigen und Finanzverwaltung soll die Kombination aus den Steuerklassen III und V in das **Faktorverfahren** der Steuerklasse IV überführt werden.

- Verbesserung der Arbeitsbedingungen für **Gesundheitsberufe und Pflegekräfte** (Seite 80), unter anderem durch den Ausbau der Personalbemessungsverfahren (Seite 81)
- Sicherstellung einer wohnortnahen ambulanten und kurzstationären **bedarfsgerechten Versorgung** durch den Ausbau multiprofessioneller, integrierter Gesundheits- und Notfallzentren (Seite 84)
- Zusammenfassung von Leistungen wie der Kurzzeit- und Verhinderungspflege in einem unbürokratischen, transparenten und **flexiblen Entlastungsbudget** mit Nachweispflicht, um die häusliche Pflege zu stärken und auch Familien von Kindern mit Behinderung einzubeziehen (Seite 81)
- Weiterentwicklung der **Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetze**, um pflegenden Angehörigen und Nahestehenden mehr Zeitsouveränität, auch durch eine Lohnersatzleistung im Falle pflegebedingter Auszeiten, zu ermöglichen (Seite 81)

- Überführung des Gute-Kita-Gesetzes in ein **Qualitätsentwicklungsgesetz für Kitas** mit bundesweiten Standards (Seite 95)

Hauptziele sind die Verbesserung der Betreuungsrelation, Sprachförderung und ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot. Zum weiteren Ausbau von Kitaplätzen soll ein Investitionsprogramm aufgelegt werden.

- Ausbau der **Ganztagsangebote** mit einem besonderen Augenmerk auf die Qualität (Seite 95)

Der Beitrag dieser Maßnahmen zur gerechten Verteilung unbezahlter Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern wird in der Broschüre „Kinder, Haushalt, Pflege – wer kümmert sich? Ein Dossier zur gesellschaftlichen Dimension einer privaten Frage“ (Abschnitt 3 – Lösungen) hergeleitet.

Literaturverzeichnis

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2021): Kinder, Haushalt, Pflege – wer kümmert sich? Ein Dossier zur gesellschaftlichen Dimension einer privaten Frage, <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/kinder-haushalt-pflege-wer-kuemmert-sich--160278>.

SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP – Freie Demokratische Partei (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Koalitionsvertrag 2021–2025, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1990812/0422117/3eef9a6720059cc353d759a2b/2021-12-10-koav2021-data.pdf>.